

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Dr. Stefan Ebner

Abg. Dr. Harald Schwartz

Abg. Daniel Halemba

Abg. Josef Lausch

Abg. Gülseren Demirel

Abg. Dieter Arnold

Abg. Martina Fehlner

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Eingabe

Unterbringung von Asylsuchenden im Markt Lappersdorf

Beschwerde über Landratsamt Regensburg

EB 0306.19

Der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden hat sich in seiner 22. Sitzung am 26. März 2025 mit der Eingabe befasst und beschlossen, diese gemäß § 80 Nummer 4 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären. Die AfD-Fraktion hat gemäß Artikel 5 Absatz 2 Satz 2 des Bayerischen Petitionsgesetzes fristgerecht beantragt, die Eingabe auf die Tagesordnung des Plenums zu setzen und über die Entscheidung des Ausschusses in der Vollversammlung zu beraten und zu beschließen. Die Abstimmung findet auf Wunsch der AfD-Fraktion in namentlicher Form statt. – Zur Berichterstattung erteile ich nun zunächst dem Herrn Kollegen Dr. Stefan Ebner, CSU-Fraktion, das Wort. Bitte schön.

Dr. Stefan Ebner (CSU): Geschätzter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen hier im Hohen Haus! Ich berichte heute zur Petition von Herrn Dr. Jürgen Vetter aus der Gemeinde Lappersdorf im Landkreis Regensburg. Es geht um ein Haus, das vom Landratsamt Regensburg zur Unterbringung von Asylbewerbern genutzt wird. Der Petent wohnt mit seiner Ehefrau direkt neben dem besagten Gebäude. Beide sind schwerbehindert und gesundheitlich stark eingeschränkt. Sie fühlen sich durch die Nutzung in ihrer Lebenssituation stark beeinträchtigt.

Als Berichterstatter im Ausschuss möchte ich Ihnen kurz darlegen, welche Vorwürfe der Petent erhebt. Der Petent wirft der Behörde vor, das Einfamilienhaus willkürlich in eine Unterkunft für bis zu 27 Personen umgewandelt zu haben, ohne Rücksicht auf das Wohnumfeld. Er vermutet, dass dabei baurechtliche Vorschriften umgangen wurden, und spricht auch von einem möglichen Schwarzbau. Durch diese Maßnah-

me droht dem Petenten als direkt betroffenem Nachbarn eine faktische Heimatvertreibung.

Was fordern die Petenten? – Erstens die Rücknahme der Nutzungsänderung und eine Rückkehr zur ortsüblichen Wohnnutzung; zweitens den Stopp der Umbaumaßnahmen und den Rückbau in den ursprünglichen Zustand; drittens den Schutz ihrer Grundrechte, insbesondere als Menschen mit Behinderung, und ein transparentes Verfahren mit Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit.

Der Petent äußert deutliche Kritik am Vorgehen des Landratsamtes, insbesondere an der Landrätin Tanja Schweiger. Er bemängelt, dass Entscheidungen ohne ausreichenden Dialog mit der Nachbarschaft getroffen worden seien. Mehrfache Gesprächsanfragen seien ignoriert oder unter Verweis auf Urlaubszeiten abgelehnt worden. Zudem bezweifelt der Petent die Darstellung, dass es sich um eine dezentrale Unterkunft zur Förderung der Integration handelte. Aus seiner Sicht bringt die Einrichtung vielmehr neue Risiken in das Wohngebiet. Er verweist auf konkrete Sicherheitsbedenken, Gewaltvorfälle, Lärm, unsachgemäße Müllentsorgung und dergleichen. Die unklare Identität der Bewohner sorgte bei vielen Anwohnerinnen und Anwohnern für ein Gefühl der Unsicherheit. So viel zu den Anmerkungen des Petenten.

Ein paar Infos zu dem betroffenen Haus selbst: Es handelt sich um knapp 400 m² Wohnfläche. Es gibt 13 Zimmer, 3 Küchen und 4 Bäder. Theoretisch könnten dort 27 Personen leben. Nach dem letzten mir bekannten Stand sind es 21 Personen.

Zu der betroffenen Gemeinde: Die Gemeinde Lappersdorf im Landkreis Regensburg hat 13.500 Einwohner. Schon vor der Nutzung gab es 68 Plätze in dezentralen Unterkünften und 42 Plätze in einem Übergangwohnheim. Das wären umgerechnet 0,8 % der Bevölkerung. Die Aufnahmekapazität liegt hier also bei 0,8 %. Kämen diese weiteren 27 Personen dazu, um die es jetzt geht, läge die Quote bei 1,0 %. Im Landkreis Regensburg liegt sie insgesamt im Durchschnitt bei 1,5 %.

Das Gebäude wurde ursprünglich als Wohnhaus mit Einliegerwohnung genehmigt. Ministerielle Hinweise und die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Ansbach vom Mai 2015 deuten darauf hin, dass die derzeitige Belegung keine deutliche Überschreitung der Belegungsdichte darstellt und somit keine baugenehmigungspflichtige Nutzungsänderung vorliegt. Die baurechtlichen Prüfungen ergaben, dass die Räumlichkeiten hinsichtlich des Brandschutzes, der Rettungswege und der allgemeinen Sicherheitsaspekte ausreichend sind. Das Ministerium erklärt auch, dass aus verwaltungsrechtlicher Sicht keine Fehler beim Vorgehen des Landratsamtes erkennbar sind.

Neben der Petition wurden auch separate Dienstaufsichtsbeschwerden vom Petenten eingereicht, in denen insbesondere das Verhalten der Landrätin kritisiert wird. Vorwürfe umfassen Verstöße gegen das amtseidliche Gewissen und das Wahrhaftigkeitsgebot, mangelnde Bereitschaft zum Dialog und ein Vorgehen, das vom Petenten als totalitär und willkürlich wahrgenommen wird.

Meine Damen und Herren, ich darf meine Berichterstattung zusammenfassen: Aus baurechtlicher sowie sicherheits- und verwaltungsrechtlicher Sicht liegt kein Fehlverhalten des Landratsamtes vor. Die getroffenen Maßnahmen sind zur Bewältigung der Unterbringungskrise notwendig. Die Berichterstattung im zuständigen Ausschuss hatte ich, die Mitberichterstattung hatte Frau Kollegin Fehlner von der SPD. Im Ausschuss gab es die Empfehlung der Fraktion der AfD, die Eingabe der Staatsregierung zur Würdigung zu überweisen. Das wurde gegen die Stimmen der AfD und im Übrigen einstimmig abgelehnt. Die Eingabe wird schließlich aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung gemäß § 80.4 BayLTGeschO für erledigt erklärt – gegen die Stimmen der AfD, im Übrigen einstimmig. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Vielen Dank, Herr Kollege. – Ich eröffne nun die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit

der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Erster Redner ist für die CSU-Fraktion der Kollege Dr. Harald Schwartz. Bitte schön.

Dr. Harald Schwartz (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Da stehe ich also wieder hier, um zu einem Sachverhalt zu berichten und zu sprechen, den wir so oder so ähnlich schon öfter hatten. Warum ist das der Fall? – Weil eine Fraktion meint, daraus politisch Kapital schlagen zu können, indem man schwierige Fragen, die wir angemessen und mit großer Ernsthaftigkeit zu regeln und zu lösen haben, hierhertransportiert und Fehler sucht; Fehler in einem System, das natürlich angestrengt ist, weil wir Probleme lösen, die wir uns selber nicht ausgesucht haben, für die wir nicht verantwortlich sind,

(Lachen bei der AfD)

die wir aber mit Augenmaß und menschlich lösen – etwas, das Ihnen fremd zu sein scheint.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der AfD: Lesen Sie mal das Grundgesetz!)

Wir haben hier eine Situation, in der die kommunalen Mandatsträger vor Ort gefordert sind. Der Kollege Ebner hat eigentlich alles bereits völlig richtig dargestellt. In Lappersdorf hat man im Wesentlichen 21 Personen in einer Immobilie untergebracht, die bis zu 27 Plätze bietet. 21 Personen waren es übrigens deswegen, weil da vorher Familien untergebracht wurden. Vor Ort gibt es praktisch keine Probleme.

Keine Frage, es gibt überall Herausforderungen. Es gibt einen, der sich aufregt. Wie ich höre, steht er Ihnen besonders nahe.

(Benjamin Nolte (AfD): Guter Mann!)

Sie versuchen jetzt, Streit dorthin zu tragen, wo es im Augenblick keinen gibt. Ich habe mich vor Ort erkundigt. Mir wurde gesagt, man habe keine Beschwerden. Vor Ort gibt

es dieses Problem nicht. Ich glaube aber, Sie brauchen wieder Instagram-Posts, Sie brauchen Facebook-Bilder, Sie brauchen irgendwelche Textfragmente, die Sie dann nutzen können, um Ihr Klientel zu befrieden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Ich würde mich freuen, wenn Sie sich ernsthaft an der Lösung von Problemen beteiligen würden. Aber darum scheint es Ihnen nicht zu gehen.

(Zuruf von der AfD: Haben wir doch!)

Wir haben die fachlichen Fragen geprüft. Die Baunutzungsverordnung sieht vor, dass bei der Quadratmeteranzahl pro Person, die dort untergebracht ist, noch nicht einmal eine neue Baugenehmigung beantragt werden müsste. Ich bin froh, dass sich das Landratsamt vor Ort bemüht hat. Natürlich kann man immer darüber nachdenken, ob man hier den idealen Platz gewählt hat.

Ich sage es ganz offen: Für mich wäre es auch die bessere Lösung, wenn wir diese Einrichtungen nicht bräuchten. Wir haben aber auch eine humanitäre Verpflichtung. Wir werden ihr gerecht.

(Zuruf von der AfD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben uns intensiv mit den Sachfragen beschäftigt. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass es nichts gibt, was es rechtfertigen würde, die Entscheidungen, das Verhalten, das Vorgehen der zuständigen Behörde gemäß § 80.3 BayLTGeschO zu würdigen. Behandlung gemäß § 80.4 BayLT-GeschO war, ist und bleibt die richtige Entscheidung. So werden wir heute auch votieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Daniel Halemba. Bitte schön, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Daniel Halemba (AfD): Herr Präsident, werte Kollegen! Wieder und wieder müssen wir uns hier mit einem leidigen Thema beschäftigen,

(Martin Wagle (CSU): Müssten wir nicht!)

mit Asylanten- und Flüchtlingsunterkünften sowie mit den Menschen, deren Lebensqualität gemindert und deren Sicherheit gefährdet wird, mit den Menschen, die unter solchen Einrichtungen leiden.

Kollege Dr. Schwartz hat es sogar einmal geistreich gefunden, diesen Umstand mit den Worten "Und täglich grüßt das Murmeltier" zu kommentieren. Ihnen kommen also alle diese Petitionen gleich vor, sie langweilen Sie. Ist es das, was Sie uns damit sagen wollen? – Das ist blanker Zynismus.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist Zynismus, Herr Halemba, das ist Zynismus!)

Nein, diese Petitionen sind nicht alle gleich. Sie sind so verschieden wie die Menschen, die sie eingereicht haben. Hinter jeder einzelner dieser Eingaben stehen Menschen, Schicksale, Ängste und Sorgen.

(Michael Hofmann (CSU): Bei der Kälte, mit der Sie reden, fehlt jede Spur von Humanität!)

– Diese Menschen haben mehr verdient als Ihren Zynismus, Herr Hofmann.

(Beifall bei der AfD – Michael Hofmann (CSU): Von wegen! Ihre Kälte ist es!)

Die Eingabe, über die wir heute zu entscheiden haben, erreicht uns aus dem beschaulichen Markt Lappersdorf. Es sind zwei Herrschaften schon vorgerückten Alters, chronisch krank und auch behindert, die hier von Lärmbelästigung Tag und Nacht berichten. Sie berichten auch von dem Müll, den sie jeden Tag in ihrem Garten finden, weil ihn die rund 25 Flüchtlinge einfach aus dem Fenster werfen.

Sind das etwa keine Probleme, Herr Dr. Schwartz, wie Sie vorhin behauptet haben? Sehen Sie das etwa als nicht problematisch an? – Aber Sie hören hier ja nicht einmal zu, Sie halten dieses Thema für nicht wichtig genug,

(Michael Hofmann (CSU): So ein Quatsch! Er hört selbstverständlich zu! Was machen Sie für Kommentare hier! Ohne Ahnung von der Sache, also wirklich!)

Sie ignorieren diese Bürger und spielen lieber am Handy. Das ist doch bezeichnend.

Dann berichten die Petenten auch noch von ihrer großen Angst vor Gewalt und allen Formen von Kriminalität; nicht deswegen, weil sie sich das nur einbilden, nein, sie haben schlicht und einfach, wie sie kommentieren, den letzten Jahresbericht der Bundespolizei gelesen. Dort steht, dass Gewaltdelikte um über 10 %, Sexualdelikte um knapp 15 % zugenommen haben.

(Dr. Harald Schwartz (CSU): In Lappersdorf?)

Der Polizeilichen Kriminalstatistik ist zu entnehmen, dass rund 41 %

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

dieser Tatverdächtigen über keinen deutschen Pass verfügen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Von Kriminalität verstehen Sie etwas, Herr Kollege!)

Nun wollen diese Menschen wegziehen,

(Michael Hofmann (CSU): Welche Menschen wollen wegziehen?)

aber sie können nicht; denn sie finden keinen Käufer für ihr Grundstück.

(Michael Hofmann (CSU): Aha!)

Das, was sich zwei Menschen in einem langen arbeitsreichen Leben aufgebaut haben, ist entwertet, weil kein Mensch neben einer Flüchtlingsunterkunft leben möchte. Ja, aber wofür das alles?

(Beifall bei der AfD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Menschenverachtend!)

– Sie kennen sich damit gut aus, liebe Kollegin von der CSU. – Um aus der Fremde Menschen hierherzuholen, die in großer Zahl ein Leben lang Leistungsbezieher bleiben werden.

Zumindest ist es eine gute Sache, dass die Staatsregierung dazu verpflichtet ist, zu jeder dieser Petitionen Stellung zu nehmen. Wir wollen also hören, was ach so Tröstliches die Staatsregierung den betroffenen Menschen hier zu sagen hat. Zum Beispiel dies: Auf 13.500 Einwohner beherbergt Lappersdorf rund 135 Flüchtlinge. – Macht eine Quote von 1 %. Dazu der Hinweis der Staatsregierung, es gebe sogar Landkreismunicipalitäten mit einer Quote von fast 4 %.

Herr Staatssekretär Kirchner, Sie sind ja anwesend. Sie haben hier namens der Staatsregierung Stellung genommen. Was wollen Sie denn den Petenten damit sagen? Etwa, regen Sie sich nicht so auf? Räumen Sie einfach den fremden Müll aus Ihrem Garten, woanders ist es ja noch viel schlimmer?

(Beifall bei der AfD)

Werte Damen und Herren der Regierungsparteien, vermutlich langweilen Sie diese Petitionen zu Flüchtlingsunterkünften einfach aus einem Grund: Für Sie sind diese betroffenen Menschen nur gesichtslose Zahlen und Teil einer Statistik.

(Roland Weigert (FREIE WÄHLER): Pfui! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Gesichert rechtsextrem – hier merkt man es mal wieder!)

Wie wenig Ihnen an den betroffenen Menschen liegt, konnte man schon bei der Einrichtung der Unterkunft in Lappersdorf sehen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Politikschauspieler!)

Obwohl Ihre eigenen baurechtlichen Hinweise zu Unterkünften für Flüchtlinge und Asylbegehrende baugenehmigungspflichtige Nutzungsänderungen vorsehen, wenn die Belegungsdichte gegenüber der vorherigen deutlich zunimmt, haben Sie keine Nutzungsänderung genehmigen lassen. Ist die Belegung eines Einfamilienhauses mit bis zu 27 Asylanten etwa keine deutliche Zunahme der Belegungsdichte?

(Dr. Harald Schwartz (CSU): Sie wissen gar nicht, wie viele da drin sind!)

Verehrte Kollegen der Regierungsparteien, wissen Sie, wie der Hauptdarsteller in dem Film "Und täglich grüßt das Murmeltier" seiner lähmenden Routine entkommt? – Er legt seinen Zynismus ab, Herr Dr. Schwartz, und lernt zu lieben. Lernen auch Sie, unsere bayerische Heimat, unser deutsches Vaterland

(Volkmar Halbleib (SPD): Rechtsextremismus!)

und auch Ihre Mitbürger in Lappersdorf zu lieben,

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie sind Verfassungsfeinde!)

und unterstützen Sie diese Petition. – Danke.

(Beifall bei der AfD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Menschenverachtend!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER der Abgeordnete Josef Lausch. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach dieser doch – ich muss sie scherzhaft fast so bezeichnen – pathetischen Rede mit Heimatliebe usw.,

(Volkmar Halbleib (SPD): Verfassungsfeinde!)

die vor Scheinheiligkeit nur so tropfte, muss ich echt sagen: Ihr seid keine Patrioten, Ihr seid Vaterlandsverräter.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD –
Unruhe und Widerspruch bei der AfD – Richard Graupner (AfD): Lüge, Lüge! –
Christoph Maier (AfD): Nehmen Sie das sofort zurück! – Toni Schuberl (GRÜNE):
Da schreien Sie immer gleich "Rüge"!)

Äußert euch zu Trump! Äußert euch zu Putin! Wie steht ihr dazu?

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Weitere Zurufe)

Zur Sache: Die Eingabe ging um die baurechtliche Genehmigung und um das Gebäude selbst. Diese Genehmigung war und ist nicht zu beanstanden. Das zuständige Landratsamt hat hier keinen Fehler gemacht.

Was ich aber – ich war nicht vor Ort – aus eigener Erfahrung nicht von der Hand weisen kann und möchte: Es kann für die Nachbarn durchaus Probleme kleinerer und größerer Art geben.

(Unruhe bei der AfD)

Das ist menschlich. Die Menschen sind anders sozialisiert. Es sind Jugendliche dabei. Auch unsere Jugendlichen benehmen sich durchaus einmal daneben. Ich habe selber drei Jugendliche im Haus, die es mit der Ordnung nicht immer so haben. Auch das ist menschlich. Ich möchte das nicht gutheißen. Ich verstehe voll und ganz die Anlieger, die damit Probleme haben. Auch das ist nachvollziehbar und menschlich. Hier besteht Handlungsbedarf. Für uns ist seit dem Jahr 2015 auch klar, dass es hier Fehlentwicklungen gegeben hat. Auch das ist offen anzusprechen und wurde sogar von Unionspolitikern angesprochen. Hier besteht Handlungsbedarf. Die neue Bundesregierung muss dieses Problem einer Fehlentwicklung lösen. Wir müssen der AfD das

politische Futter entziehen. Dann braucht man euch nicht zu verbieten, sondern kann euch kleinregieren.

(Widerspruch bei der AfD)

Wir schließen uns der Entscheidung des Petitionsausschusses an.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Dazu hat nun der Abgeordnete Daniel Halemba von der AfD-Fraktion das Wort.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Ich freue mich schon.

Daniel Halemba (AfD): Herr Kollege, es ist doch bezeichnend, wie wenig Sie hier jetzt tatsächlich inhaltlich zur Sache zu sagen hatten: Erst sprechen Sie über Putin.

(Unruhe)

Gut, wenn Sie Ihren Putin-Fetisch hier im Parlament ausleben wollen, dann soll Ihnen das geschenkt sein.

(Volkmar Halbleib (SPD): Bedenken Sie erst einmal Ihr Verhältnis zur Verfassung!)

Ansonsten –

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich bitte um etwas mehr Ruhe.

Daniel Halemba (AfD): – kommentieren Sie nur die Bundespolitik. Auf die Petition gehen Sie nur lapidar damit ein, dass das Landratsamt keine Fehler gemacht hätte. Aber wenn es denn so wäre: Warum existiert dann dieser Petitionsausschuss als Kontrollgremium eigentlich,

(Michael Hofmann (CSU): Nachhilfe! Da braucht ihr mal Nachhilfe!)

wenn wir einfach nur lapidar in die Stellungnahme der Staatsregierung schauen und das Wording des Landratsamtes übernehmen?

Wir müssen doch genauer hinschauen. Wir müssen doch auch die Behörden und das Verwaltungshandeln kontrollieren, wie auch hier in diesem konkreten Fall. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie sich doch ein bisschen mehr auch mit der Sache beschäftigt hätten. Das würde zumindest auch den Bürgern, dem Petenten hier, Genüge tun. So ist es eigentlich

(Zuruf)

wirklich beschämend und zeigt eigentlich nur Ihre Abgehobenheit und Ihr Desinteresse für die Anliegen der Bürger.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Lausch.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Es ist heute schon mehrfach die Äußerung gefallen, dass uns die AfD durchaus Lebenszeit stiehlt. Ich wollte mir diesen Schuh nicht anziehen. Meine Vorredner, Herr Schwartz und Herr Ebner, sind darauf eingegangen. Sie wissen, wie das System hier funktioniert: Es gibt Berichterstatter und Mitberichterstatter, die die Sachlage eingehend erläutert haben, und dann ist es mühselig, wenn ich das wieder und wieder wiederhole, wie die AfD, die im Hamsterrad immer wieder dieselben kruden Argumente vorbringt und dann trotzdem nichts zur Sache beiträgt.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Huber (AfD))

Ich brauche es nicht noch dreimal zu wiederholen. Die Sachlage ist klar, und vor Ihnen brauche ich mich erst recht nicht zu rechtfertigen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Gülseren Demirel für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Sehr verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Wir befassen uns heute hier im Plenum wieder mit einer Petition, bei der wir als Ausschussmitglieder eigentlich davon ausgegangen sind, dass wir das im Ausschuss sehr ausführlich und detailliert besprochen haben und auch ein Ergebnis haben.

Vorweg ist es mir wichtig, eines zu erwähnen: Jede Petition, die den Ausschuss für Eingaben und Beschwerden erreicht, wird ernst genommen. Jedes Begehrt von Bürgerinnen und Bürgern, das uns, dem Ausschuss, vorliegt, wird mit dem notwendigen Respekt und der notwendigen Wertschätzung behandelt.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Das heißt aber nicht, dass jedes Begehrt von Bürgerinnen und Bürgern auch positiv und einstimmig unterstützt wird; denn das würde der Realität wirklich nicht entsprechen.

Ich komme jetzt zu dieser konkreten Petition. Dafür gilt das Gleiche: Die Petition wurde sehr genau geprüft; aber: Wenn eine Fraktion sich hierhinstellt und weder dem Ministerium noch dem Landratsamt noch dem Oberbürgermeister vor Ort Glauben schenken will – wir reden über Fakten, die vorliegen –, dann, glaube ich, hat das nichts damit zu tun, dass diese Fraktion das Anliegen des Bürgers ernst nimmt, sondern das ist ein Beleg dafür, dass Sie durch das Ölgießen ins Feuer politischen Mehrwert ausschöpfen wollen. Herr Halemba, vom Gegenteil werden Sie mich nicht überzeugen;

(Zuruf von der AfD)

denn wir haben im Ausschuss sehr genau über die Nutzungsänderung geredet. Das Landratsamt hat sogar das Gebäude angeschaut, was gar nicht unbedingt notwendig gewesen wäre. Wir haben heute über Entbürokratisierung in der kommunalen Verwal-

tung geredet. Wir haben bei den Petitionen zu anstehenden Unterkünften sogar eine Mehrbelastung für unsere Kommunalverwaltung, weil sie nämlich versuchen, wirklich alle Anliegen zu überprüfen, damit sie den Bürgerinnen und Bürgern, die, berechtigt oder nicht berechtigt, Sorge und Angst haben, die notwendigen Informationen zukommen lassen können.

Genau dasselbe ist hier auch passiert. Das Landratsamt hat sich das Gebäude vor Ort angeschaut und eruiert, ob eine Nutzungsänderung notwendig ist, weil sie die Bürgerinnen und Bürger informieren wollten. Da hätte auch eine Prüfung am Schreibtisch gereicht; das haben Sie aber nicht gemacht, und dann stellen Sie sich hierhin und sagen: Petent:innen werden nicht ernst genommen. – Das ist eine Frechheit gegenüber unserer Arbeit, die wir im Ausschuss leisten. Das ist eine Frechheit gegenüber den Mitarbeitenden beim Landratsamt und in der Stadtverwaltung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und das andere ist: Sie stellen sich hierhin und behaupten Sachen. Das ist genau das: Ich habe ausgeführt, an welche Fakten Sie nicht glauben wollen. Das Innenministerium sagt im Ausschuss: Da liegen keine relevanten Probleme vor. – Da sagen Sie: Das glaube ich nicht. – Das Landratsamt sagt: Uns sind keine Probleme bekannt, die so konflikträchtig sind. – Da sagen Sie: Das glaube ich nicht. – Der Oberbürgermeister sagt: Ich habe die Bürgerinnen und Bürger ausführlich informiert und bin offen, wenn Beschwerden kommen, und möchte mich darum kümmern. – Da sagen Sie: Das glaube ich nicht. – Das ist Ihre Art von Politik, weil Sie nur das glauben, was Ihrer Stammtischkultur der politischen Arbeit entspricht. Daher sehen wir hier überhaupt keine Untätigkeit bei der Petition und werden auch an dem Ergebnis im Ausschuss gemäß § 80 Nummer 4 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag festhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Für eine Zwischenbemerkung erteile ich dem Abgeordneten Dieter Arnold für die AfD-Fraktion das Wort.

Dieter Arnold (AfD): Sehr geehrte Frau Kollegin, ich habe heute extra nichts zu dem Thema gesagt, weil ich 200 m von einer Unterkunft wohne. Sonst hätten Sie wieder gesagt: Die AfD macht Rambazamba, hin und her, und alles klar. – Ich weiß, wie es da abgeht, und ich weiß, was da abgeht. Ich weiß, wie die Bürger von der Landrätin hereingezogen worden sind. Sechs oder sieben Anrainer haben sich beschwert – und und und. Den ganzen Zirkus habe ich am eigenen Leib mitbekommen und habe einfach stillgehalten; aber dann sehe ich, dass so viel Schmarrn darüber geredet wird. Das zerreißt mir wirklich – – Ich weiß nicht mehr, was ich sagen soll.

(Martin Wagle (CSU): Nichts!)

Beim Kollegen Lausch habe ich nur noch das Gockelkostüm vermisst, das er an Fasching getragen hat. Also: Seien Sie mir nicht böse. Was hier läuft, ist ganz klar: Dieser Bürger wird einfach unter Verweis auf das Baurecht abgestellt. Das war damals ein ganz normales Einfamiliengebäude mit einer Gewerbeeinheit, –

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Für Ihre Zwischenbemerkung haben Sie eine Minute Zeit.

Dieter Arnold (AfD): – das für 27 Leute niemals ausgelegt war. Es ist eine Frechheit, dies zu behaupten und das Gebäude umzubauen.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Frau Kollegin Demirel.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Ich sage: Ich habe Sie am Anfang akustisch nicht verstanden; aber wenn Ihre Aufregung dem geschuldet ist, dass dieses Einfamilienhaus keine Nutzungsänderung bekommen hat,

(Zuruf des Abgeordneten Christoph Maier (AfD))

dann kann ich wieder nur auf das Baurecht verweisen, wonach das Gebäude im kommunalen Hoheitsgebiet liegt. Die kommunale Behörde hat das überprüft; aber Sie wollen ja immer noch nicht glauben,

(Widerspruch des Abgeordneten Dieter Arnold (AfD))

was unsere Institutionen sagen. Da, wo Geflüchtetenunterkünfte Probleme ausgelöst haben und wo ernsthafte Fakten vorlagen, haben wir als Petitionsausschuss uns darum gekümmert. Wir haben sogar vor Ort Besichtigungen durchgeführt und versucht, zwischen dem Landratsamt und den Initiativen zu vermitteln. Dabei waren wir oft erfolgreich. Auch das ist ein Beleg dafür, dass uns die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger sehr wichtig sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Bevor wir zur nächsten Rednerin kommen, möchte ich Sie alle bitten, aus Respekt vor jedem Redner Ihre Hintergrundgespräche einzustellen. Herzlichen Dank dafür. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Martina Fehlner für die SPD-Fraktion. Bitte, Sie haben das Wort, und zwar nur Sie.

Martina Fehlner (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die vorliegende Petition vom 9. Juli 2024 richtet sich gegen die Nutzung eines Einfamilienwohnhauses als Unterkunft für Asylbewerber in der Marktgemeinde Lappersdorf. Dazu ist zu sagen, dass es sich hier um eine dezentrale Unterkunft des Landratsamts Regensburg mit einer theoretischen Maximalbelegung von 27 Personen handelt. Untergebracht sind dort derzeit Familien mit Kindern, insgesamt 21 Personen. Die Gemeinde Lappersdorf hat insgesamt 13.500 Einwohner.

Ziel der Petition ist die wirksame Rücknahme der Nutzungsänderung und die weitere Nutzung des Wohnhauses in einer im Wohngebiet üblichen Belegungsdichte. Der Petent sieht zudem als betroffener Anwohner und als Mensch mit Behinderung seine

Grund- und Persönlichkeitsrechte verletzt. Im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden haben wir die Petition am 26. März sorgsam beraten und mehrheitlich beschlossen, sie mit der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären. Unsere Aufgabe im Ausschuss ist es allein, individuell zu prüfen und zu bewerten, ob möglicherweise sachliche und fachliche Verfahrensfehler vorliegen und ob die Regierung von Niederbayern und das Landratsamt Regensburg alle Vorgaben rechtskonform umgesetzt haben.

Aus unserer Sicht wurde plausibel und nachvollziehbar dargelegt, warum der Petent nicht recht hat und die Einwände zurückzuweisen waren. Einige Punkte möchte ich kurz aufgreifen: Die Leitlinien zu Größe, Ausstattung und Art von dezentralen Unterkünften für Geflüchtete sind aktuell außer Kraft gesetzt, das heißt, selbst wenn sie noch gelten würden, wäre im vorliegenden Fall sogar die vorgesehene Personendichte von mindestens 7 m² für Wohn- und Schlafräume pro Bewohner erfüllt.

Auch die Bauaufsichtsbehörde hat die Unterkunft im Hinblick auf die geplante Nutzung geprüft und die Räumlichkeiten für geeignet befunden. Das bedeutet, auch im Hinblick auf die Bauordnung und die Sicherheitsanforderungen in Bezug auf den Brandschutz und auf die Rettungswege gab es keinerlei Beanstandungen. Seit der Nutzung gibt es keine Mängel, keine Probleme, keine Ausschreitungen, keine Lärmbelästigung oder sonstige Beeinträchtigungen. Der Bürgermeister und einige Gemeinderäte, die in einer Entfernung von 50 m Luftlinie von der Unterkunft wohnen, haben mir erklärt, die Lage vor Ort sei entspannt und ruhig. Anlass für besondere Sicherheitsmaßnahmen oder zur Besorgnis gebe es derzeit nicht.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf hinweisen und dafür danken, dass unsere Kommunen bei der Unterbringung von geflüchteten Menschen eine hervorragende Arbeit leisten. Das verdient unser aller Respekt.

(Beifall bei der SPD)

Uns allen muss wichtig sein, dass keine künstlichen Aufgeregtheiten geschürt, sondern gute und gangbare Lösungen gesucht und gefunden werden. Daran werden wir uns weiterhin halten. Das ist unsere Pflicht und unsere Verantwortung. Die Forderung, diese Petition hier noch einmal zu behandeln, orientiert sich allerdings daran leider nicht. Aber, meine Damen und Herren, wen wundert das schon?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, mir liegt noch die Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Hierzu hat Herr Abgeordneter Daniel Halemba von der AfD-Fraktion das Wort.

Daniel Halemba (AfD): Frau Kollegin, Sie haben gerade das Anliegen der Petenten als "künstliche Aufgeregtheiten" bezeichnet. Würden direkt neben Ihnen 25 Asylbewerber einziehen, die Ihren Garten jeden Tag vollmüllen würden, würden Sie das auch als "künstliche Aufgeregtheiten" bezeichnen und einfach so hinnehmen, oder würde Sie das auch ein bisschen stören?

Martina Fehlner (SPD): Hätten Sie zugehört, wüssten Sie, dass ich nicht den Petenten meinte. Ich habe meine Aussage an eine andere Stelle adressiert. Wenn Sie das nicht erkennen, dann sei's drum.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Volkmar Halbleib (SPD): Gute Antwort!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur namentlichen Abstimmung.

Nach dem Bayerischen Petitionsgesetz und der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag ist der Abstimmung die Entscheidung des die Eingabe behandelnden Ausschusses zugrunde zu legen. Der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden hat beschlossen, die Eingabe gemäß § 80 Nummer 4 unserer Geschäftsordnung aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären. Die Vollversammlung

stimmt also nun darüber ab, ob der Entscheidung des Ausschusses entsprochen werden soll.

Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 18:55 bis 18:58 Uhr)

Die drei Minuten sind abgelaufen. Ich schließe die Abstimmung, und wir warten kurz, bis das Ergebnis vorliegt. In diesem Fall ist es nicht möglich, das Abstimmungsergebnis später bekannt zu geben. Sollte der Entscheidung des Ausschusses nicht entsprochen werden, müsste das Plenum über diese Eingabe selbst entscheiden oder sie an den Ausschuss zurückverweisen.

(Unterbrechung von 18:59 bis 19:00 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe nun das Ergebnis der soeben durchgeführten namentlichen Abstimmung bekannt. Wir haben über die Eingabe betreffend "Unterbringung von Asylsuchenden in Markt Lappersdorf – Beschwerde über das Landratsamt Regensburg", Petitionsnummer 0306.19, abgestimmt. Mit Ja haben 134, mit Nein 28 Abgeordnete gestimmt. Es gab 1 Stimmenthaltung. Damit ist der Entscheidung des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden entsprochen worden.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen und die Gespräche einzustellen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.05.2025 zum Dringlichkeitsantrag; Unterbringung von Asylsuchenden im Markt Lappersdorf; Beschwerde über Landratsamt Regensburg; EB 0306.19

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Dieter		X	
Arnold Horst	X		
Artmann Daniel	X		
Atzinger Oskar		X	
Bäumler Nicole	X		
Bauer Volker	X		
Baumann Jörg		X	
Baumgärtner Jürgen			
Baur Konrad	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Becher Johannes	X		
Beck Tobias	X		
Becker Barbara	X		
Dr. Behr Andrea	X		
Behringer Martin	X		
Beißwenger Eric			
Bergmüller Franz		X	
Bernreiter Christian			
Birzele Andreas			
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bötl Maximilian	X		
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert	X		
von Brunn Florian	X		
Dr. Brunnhuber Martin	X		
Dr. Büchler Markus	X		
Celina Kerstin	X		
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dierkes Rene		X	
Dierl Franc	X		
Dr. Dietrich Alexander	X		
Dietz Leo	X		
Dorow Alex	X		
Dremel Holger	X		
Düinkel Norbert	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Eberwein Jürgen	X		
Dr. Ebner Stefan	X		
Ebner-Steiner Katrin		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Eisenreich Georg			
Enders Susann	X		
Fackler Wolfgang	X		
Fehlner Martina	X		
Feichtmeier Christiane	X		
Flierl Alexander	X		
Freller Karl	X		
Freudenberger Thorsten	X		
Friedl Patrick	X		
Friesinger Sebastian	X		
Frühbeißer Stefan	X		
Fuchs Barbara			
Füracker Albert			
Gerlach Judith			
Gießübel Martina	X		
Glauber Thorsten			
Gmelch Christin		X	
Goller Mia	X		
Gotthardt Tobias			
Graupner Richard		X	
Grießhammer Holger	X		
Grob Alfred	X		
Groß Johann			
Gross Sabine	X		
Grossmann Patrick			X
Guttenberger Petra	X		
Halbleib Volkmar	X		
Halemba Daniel		X	
Hanna-Krahl Andreas			
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang	X		
Heinisch Bernhard	X		
Heisl Josef	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim			
Hierneis Christian			
Högl Petra	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael	X		
Hold Alexander	X		
Holetschek Klaus	X		
Holz Thomas	X		
Dr. Hopp Gerhard	X		
Huber Martin		X	
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas	X		
Huml Melanie	X		
Jäckel Andreas	X		
Jakob Marina	X		
Jungbauer Björn	X		
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas			
Kirchner Sandro	X		
Knoblach Paul	X		
Knoll Manuel	X		
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian			
Kohler Jochen	X		
Koller Michael	X		
Konrad Joachim	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kühn Harald	X		
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef	X		
Lettenbauer Eva			
Lindinger Christian	X		
Lipp Oskar		X	
Locke Felix	X		
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra	X		
Ludwig Rainer	X		
Magerl Roland			
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian			
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan	X		
Miskowitsch Benjamin	X		
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin	X		
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter	X		
Dr. Oetzing er Stephan	X		
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazzolo Michael	X		
Pirner Thomas	X		
Pohl Bernhard	X		
Post Julia			
Preidl Julian	X		
Rasehorn Anna	X		
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias			
Rinderspacher Markus			
Rittel Anton	X		
Roon Elena		X	
Saller Markus	X		
Schack Jenny	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Martin	X		
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner	X		
Schmid Franz			
Schmid Josef	X		
Schmidt Gabi	X		
Schnotz Helmut	X		
Schnürer Sascha	X		
Schöffel Martin	X		
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin	X		
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seidenath Bernhard			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner	X		
Stock Martin	X		
Stolz Anna			
Storm Ramona		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter	X		
Toso Roswitha	X		
Trautner Carolina	X		
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter	X		
Wagle Martin	X		
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan	X		
Waldmann Ruth			
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland	X		
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas			
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Freiherr von Zobel Felix	X		
Zöller Thomas	X		
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	134	28	1